

Fragebogen Bundesverband Medienbildung

Frage 1: Die Vermittlung von Medienbildung, in der Medienkritik (Reflexion) und Mediengestaltung (Partizipation) inkludiert wird, ist für die persönliche Entwicklung der Bürger:innen ebenso wichtig wie für die Entwicklung des demokratischen Staates. Die Vermittlung von Medienbildung ist daher eine wichtige Aufgabe öffentlicher Bildung, für die in Österreich verschiedene Institutionen etabliert wurden. Wie wollen Sie als Gesetzgeber:in die Vernetzung der Institutionen und Träger:innen, in denen Medienbildung vermittelt wird, unterstützen?

Zur besten Bildung gehört natürlich auch Medienbildung. Grundsätzlich sehen wir vor allem 3 Punkte:

- **Plattformen für Austausch und Kooperation schaffen:** Regelmäßige Netzwerktreffen der wichtigsten Stakeholder und beteiligter Ministerien.
- **Medienkompetenz im Bildungssystem verankern:** Lehrpläne anpassen und Lehrkräfte weiterbilden.
- **Innovative Bildungsprojekte fördern:** Start-ups und experimentelle Initiativen unterstützen.

Frage 2: Die UNESCO hat das auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte basierende Konzept der Medien- und Informationskompetenz (Media- and Informationliteracy - MIL), das zuletzt durch die Erläuterung zur Rechte der Kinder in der Digitalen Welt ergänzt wurde, entwickelt [<https://www.unesco.org/en/media-information-literacy>]. Wie wird die Media- and Information Literacy im Programm Ihrer Partei berücksichtigt und wie werden Sie als Gesetzgeber:in öffentliche Schulen, die offene Kinder- und Jugendarbeit, Bürger:innemedien und öffentlichen Büchereien in der Umsetzung des MIL-Konzepts unterstützen?

Im Schulbereich wurden mit der Einführung des Fachs "Digitale Grundbildung", das technische und medienkundliche Aspekte vereint, zwar Fortschritte erzielt. Dieses Fach besteht jedoch nur in der Mittelschule und AHS-Unterstufe. Wichtig ist daher, auch in den Lehrplänen für die Volksschule (etwa in Deutsch und Sachunterricht) und in den Stundentafeln und Lehrplänen der AHS-Oberstufe, BMHS und Berufsschulen für ausreichend MIL-Inhalte zu sorgen.

Neben den Inhalten zählen auch die Lehrmittel und Unterrichtsmethoden. In diesem Zusammenhang fordern wir, dass interaktive, digitale Lehr- und Lernmittel in der Finanzierung und Bereitstellung nicht länger gegenüber gedruckten Schulbuch benachteiligt bleiben.

Öffentliche Büchereien könnten ebenfalls eine zentrale Rolle im Konzept spielen. Durch die Erhöhung der finanziellen Mittel könnten sie MIL-Ressourcen bereitstellen und Schulungen für Menschen aller Altersgruppen anbieten. So stellen wir sicher, dass die gesamte Bevölkerung Zugang zu wichtigen Medien- und Informationskompetenzen erhält.

Gerade für Kinder- und Jugendliche zeigt sich aber ein erhöhter Bedarf, da beispielsweise Social Media während der Entwicklung auch massive psychische Auswirkungen haben kann. Sowohl über schulische Begleitung, als auch in der Kinder- und Jugendarbeit gibt es deshalb gut funktionierende Workshops zur Bewusstseinsarbeit, wie das Erkennen von Fake News erleichtert wird oder wie die psychische Stabilität beispielsweise in Hinblick auf Körperbilder oder Sexualität gestärkt werden kann, sodass medialer Druck weniger negative Auswirkungen hat. Nachdem derartige Projekte bisher sehr gute Ergebnisse in Hinblick auf

Medienkompetenz und Gesundheit gezeigt haben, sollten diese jedenfalls großflächig angeboten werden.

Frage 3: Für Chancengerechtigkeit in einer digitalen Gesellschaft bedarf es neben formalen Bildungsangeboten auch niederschwellig zugänglicher, non-formaler und informeller Lern- und Erfahrungsräume. Öffentliche Büchereien, die offene Kinder- und Jugendarbeit und Bürger:innenmedien sind besonders für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche ein wichtiger komplementärer Ort der Auseinandersetzung mit digitalen Technologien. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür Sorge tragen, dass pädagogische Institutionen personell und materiell gut ausgestattet werden?

Die Büchereien sind im Wirkungsbereich der Gemeinden. Wir unterstützen es, wenn Gemeinden im Rahmen ihrer Budget- und Personalplanung diese gut ausstatten. Auf Landesebene ist Bildungsstadtrat Wiederkehr in Wien mit den "Wiener Bildungschancen" mit gutem Beispiel vorangegangen. Jede Schulklasse erhält hier ein autonomes Budget für außerschulische Bildungsimpulse, die in die Schule hereingeholt werden können - bspw. auch medienpädagogische Workshops. Der Bund ist für die Nationalbibliothek und - über die Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten - für die Universitätsbibliotheken zuständig. Wir treten dafür ein, dass deren Angebot umfassend auch digital und somit österreichweit für alle zugänglich ist.

Frage 4: Das gesellschaftliche Risiko der digitalen Spaltung (Digital Divide) betrifft alle Altersgruppen. Welche Maßnahmen wollen sie setzen, um diesem Risiko entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass insbesondere auch ältere Menschen und benachteiligte Gruppen in den digitalen Wandel gut mitgenommen werden? Welche Rolle spielen dabei die öffentlichen Büchereien als allgemein zugängliche digitale Lernorte?

Um dem Risiko der digitalen Spaltung entgegenzuwirken, setzen wir auf umfassende Bildungs- und Weiterbildungsprogramme für alle Altersgruppen, insbesondere für benachteiligte Gruppen. Öffentliche Büchereien spielen dabei eine zentrale Rolle als allgemein zugängliche digitale Lernorte, die kostenlose Schulungen und Ressourcen anbieten. Durch die Bereitstellung finanzieller Mittel und die Förderung von Kooperationen mit gemeinnützigen Organisationen und der Privatwirtschaft wollen wir sicherstellen, dass jeder Zugang zu den notwendigen digitalen Kompetenzen erhält.

Frage 5: Anwendungen aus dem Bereich der künstlichen Intelligenz werden derzeit dazu verwendet, die Bürger:innen in Österreich an die Anforderungen und Vorgaben digitaler Systeme anzupassen und sie so auszubeuten. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche vor der Ausbeutung durch KI-Systeme geschützt werden und ihnen die freie und kreative Entfaltung möglich wird?

Anwendungen von KI sind gekommen, um zu bleiben. Die Aufgabe der Schule ist es daher, Kindern und Jugendlichen umfangreiche Kompetenzen zu vermitteln, damit sie einerseits Gefahren erkennen können, andererseits aber auch Chancen wahrnehmen und diese nicht nur als Konsument:innen, sondern als Mitgestalter:innen von KI zu nutzen lernen. Sie sollen lernen, wie KI technisch und wirtschaftlich funktioniert und wie sie damit umgehen können. Dort, wo KI zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen eingesetzt wird, sind auf europäischer Ebene Regulierungen vorzunehmen, um den Einsatz zu beschränken oder ethisch korrekt zu gestalten. Mit dem AI Act und dem Digital Media Services Act hat die Europäische Union neue Werkzeuge in der Hand, um diesen Schutz sicher zu stellen.

Frage 6: Im Bildungsbereich werden zunehmend kybernetische Steuerungs- und Kontrollsysteme verwendet (Learning Analytics, Lernverlaufsanalysen, Classroom Management Systeme etc.). Wie werden Sie als Gesetzgeber:in die Schüler:innen vor den damit verbundenen Auswirkungen wie dem Datendiebstahl durch Konzerne, dem Social Scoring oder dem Zustellen von Werbung schützen?

Adaptive Lernsysteme bieten Chancen, die Österreichs Schülerinnen und Schülern nicht vorenthalten bleiben sollen. Lernsoftware, die individuell auf den Lernfortschritt jeden Schülers bzw. jeder Schülerin eingeht und passgenaue Erklärungen, Übungsaufgaben und Hilfestellungen bietet, trägt zur Individualisierung des Lehrens und Lernens bei und kann teure Nachhilfe ersetzen. Wichtig ist, dabei sowohl den Datenschutz als auch die digitale Souveränität im Auge zu behalten. Lösungen, die von österreichischen EdTech-Unternehmen nach europäischen Datenschutzstandard entwickelt werden, sind also der Vorzug zu geben gegenüber Lösungen von bspw. US-amerikanischen oder chinesischen Konzernen. Als NEOS setzen wir uns dafür ein, dass der Schutz der Schüler:innen und ihrer Daten Priorität hat.

Frage 7: Mit der Aktualisierung des Grundsatzes Medienbildung auf dem Hintergrund der Digitalisierung

(https://rundschriften.bmbwf.gv.at/download/2022_12.pdf) soll der Forderung nach entsprechender Anpassung der schulischen Medienbildung und nach verstärkter Förderung von Medienkompetenzen bei allen Schüler:innen Rechnung getragen werden. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in die flächendeckende Umsetzung des Grundsatzes Medienbildung unterstützen?

Der wichtigste Ansatz ist hierbei die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Um die Lehrkräftefortbildung ist es in Österreich nicht gut bestellt. Das jährliche Fortbildungsausmaß und die Ressourcen dafür sind bescheiden und das Monopol der Pädagogischen Hochschulen trägt auch nicht dazu bei, ein bedarfsgerechtes Angebot zu entwickeln. Wir wollen die Lehrer:innen ins Zentrum rücken, und auch andere Anbieter:innen - Universitäten, NGOs, Verlage, Bildungsunternehmen usw. - stärker ins Boot holen. Das Budget für Lehrkräftefortbildung soll aufgestockt, der jährliche Stundenumfang erhöht und die Möglichkeit geschaffen werden, auch Fortbildungsthemen festzulegen, die für alle Lehrkräfte verbindlich sind.

Frage 8: Im Lehrplan für digitale Grundbildung ist die Berücksichtigung von Inhalten aus der Medienpädagogik, der Kommunikationswissenschaft, der Medienwissenschaft und der Informatik vorgesehen. In den Lehramtsstudien der meisten Verbände wird allerdings überwiegend Informatik unterrichtet und oft mit Produktschulungen verwechselt. Die ausgebildeten Lehrpersonen können das Fach also nicht unterrichten. Welchen Nachbesserungsbedarf sehen Sie in diesem Zusammenhang hinsichtlich der Aus-, Fort- und Weiterbildung und welche Maßnahmen werden sie als Gesetzgeber:innen setzen, um eine dem Lehrplan entsprechende Qualifikation der Lehrpersonen sicher zu stellen?

Die Entwicklung der Curricula der Lehramtsstudien liegt in der Verantwortung der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen. Studieninhalte sind nicht mit Lehrplaninhalten gleichzusetzen: Das Studium schafft die Basis für eine meist jahrzehntelange Berufstätigkeit, während Lehrpläne häufiger geändert werden. Jedenfalls soll sich aber die Gewichtung der großen Themen des Lehrplans natürlich auch im Studium wiederfinden. Wenn dies im Fall des Faches Digitale Grundbildung nicht umgesetzt wurde, ist es die Aufgabe des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums, dafür Sorge zu tragen.

Frage 9: Der EU-Datenschutzbeauftragte hat festgestellt, dass die europäische Kommission gegen die EU-Richtlinie 2018/1.725 verstößt, weil Office365 von Microsoft von Mitarbeiter:innen der Kommission verwendet wird (<https://orf.at/stories/3351232/>). Schüler:innen in Österreich wird in den Bundesschulen von der Bundesregierung ebenfalls Office365 zur Verfügung gestellt. Daher verstößt die derzeitige Regierung ebenfalls gegen geltendes Recht, gibt hohe Summen für Lizenzgebühren aus und fordert die Schüler:innen zu rechtswidrigem Verhalten auf. Wie werden Sie als Gesetzgeber:in dafür sorgen, dass die Regierung sich an geltendes Recht hält?

Wenn geltendes Recht verletzt wird, ist es Aufgabe der zuständigen Behörden, wieder einen rechtskonformen Zustand zu schaffen. Wir als Gesetzgeber haben dafür Sorge zu tragen, dass der Rahmen klar ist und die Privatsphäre der Schüler:innen geschützt. Andere Länder wie Frankreich und Deutschland haben bereits gezeigt, dass der Einsatz von Open-Source-Software nicht nur kosteneffizient, sondern auch datenschutzfreundlich ist.

Frage 10: Öffentliche Diskussionen sind wichtig für die demokratische Willensbildung. Digitale Technologien werden regelmäßig verwendet, um Desinformationen zu erzeugen und zu verbreiten (Deepfake, Trollfabriken, Shitstorms, Hasspostings etc.). Damit werden öffentliche Diskussionen erschwert. Welche Maßnahmen wollen Sie als Gesetzgeber:in setzen, um die Störung öffentlicher Diskussionen mit digitalen Technologien zu verhindern und die Beteiligung von Bürger:innen in Österreich an öffentlichen Diskussionen zu unterstützen?

Desinformation ist eines der wichtigsten Werkzeuge im hybriden Krieg autoritärer Staaten gegen die liberale Demokratie. Die Menschen sind also zu Recht sehr besorgt bezüglich Desinformation – und zwar in jedem Land und unabhängig von Alter, Bildung und Wohnort und sie wollen, dass endlich etwas dagegen unternommen wird. Ein wichtiger erster Schritt ist eine eigene Abteilung gegen Desinformation, wie es diese auch in Schweden gibt. Diese ist staatlich und wurde speziell gegründet, um Fake-News-Aktionen entgegenzutreten. In dieser Stelle sollen sich unabhängige Expert:innen des Themas Desinformation annehmen. Dazu gehört u. a.: gezielte Strategien entwickeln, Akteur:innen, NGOs und politische Entscheidungsträger:innen miteinander zu vernetzen, Medienkompetenzvermittlung zu koordinieren. Wichtig ist dabei, dass diese Abteilung mit einer gesicherten Finanzierung unabhängig arbeiten kann.